

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Zeit bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Verbandsbeiträge 50 Cent pro Jahr 75 Cent. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuby; Druck: H. Pantanus & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, (König) Sochum, Wiemsenauer Str. 39-42. Telefon-Nr. 69, 93 u. 274. Telegr.-Adr.: Albertsbad Sochum.

# Allgemeiner Bergarbeiterstreik in Großbritannien.

Zum zweiten Male seit November 1920 liegen alle Kohlengruben Großbritanniens still. Am 31. März lief die während des Krieges eingeführte Regierungskontrolle über die Bergwerkswirtschaft ab. Gleichzeitig fanden auch die tariflichen Arbeitsverträge zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern ihr Ende. Trotz monatlicher Verhandlungen kam es nicht zu einem neuen Vertragsabschluss. Als Grundlage für eine neue Regelung schlugen die Vertreter des Bergarbeiterbundes vor:

1. Die Erhaltung eines nationalen Lohnabkommens (Reichstarif), wonach etwa notwendig werdende Lohnreduzierungen gleichmäßig auf alle Kohlenfelder des Landes verteilt werden sollen.
2. Die vollständige Aufrechterhaltung der staatlichen Zuschüsse zur Unterstützung des jetzigen Lohnstandes, solange die Flaute in der Kohlenindustrie anhält.

Demgegenüber verlangen die Grubenbesitzer die sofortige Befestigung des auch schon während des Krieges mit der Regierung zustandegebrachten nationalen Lohnabkommens, und weiter, daß die Löhne sich in Zukunft nach der Ertragsmöglichkeit der Industrie in den einzelnen Kohlenbezirken richten sollen. Die Forderungen der Grubenbesitzer schließen eine sofortige Lohnverkürzung bis zu 42 Schilling pro Woche in sich. Kein Wunder, daß sich die Bergarbeiter gegen ein solches Ansuchen zur Wehr setzen.

Daß die Bergarbeiter angesichts der Teuerung (noch 141 Prozent über die Vorkriegszeit) eine solche Lohnreduktion nicht ertragen können, wird auch von Freunden der Grubenbesitzer anerkannt. Diese aber erklären, infolge des Exportrückgangs und der starken Preissteigerung arbeiteten fast alle Gruben mit großen Verlusten. Solange die Regierungskontrolle bestand, wurde eine Kohlenausfuhrerhöhung erhoben, aus welcher den notleidenden Gruben der Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe einschließlich einer Mindestdividende vergütet worden ist. Auch den Arbeitern war ein gewisser Mindestlohn garantiert. Mit dem Fall des Exports und der Ausfuhrpreise wuchs naturgemäß der staatliche Zuschuß. Seit Aufhebung der Regierungskontrolle kommt auch der staatliche Zuschuß in Fortfall. Die Bergarbeiter haben aber nicht nur gegen die Aufhebung der Regierungskontrolle protestiert, sie fordern vielmehr die Nationalisierung (Sozialisierung) der Bergwerkswirtschaft. Umgekehrt sind die Grubenbesitzer gegen jeden „Eingriff des Staates“ und sie haben die Regierung wie die für die öffentliche Meinung ausschlaggebende große kapitalistische Presse ganz auf ihrer Seite.

Am 1. April gingen die Bergleute nicht mehr zu ihren Arbeitsstätten. Der alte Arbeitsvertrag war abgelaufen, ein neuer nicht zustande gekommen. Es ist eine juristische Streitfrage, ob es sich um einen Streik oder eine Ausübung handelt. Dieser Meinungsstreit über das formale Recht ist nebenbei gegenüber der Tatsache, daß nun über eine Million Bergleute arbeitslos ist! Ende 1920 wurden im britischen Kohlenbergbau 1204 300 Personen beschäftigt, über 200 000 mehr als 1913. Entgegen der Hoffnung der Unternehmer sind alle Kohlenbezirke der Parole der Miners' Federation, das Unternehmertum nicht anzunehmen, gefolgt. Die Unternehmer hatten in den mittelländischen Distrikten versucht, durch „einseitige“ Lohnzugeständnisse die Front der Bergarbeiter zu zerreißen. Es zeugt von der Erbitterung der Bergarbeitermassen, daß sie auch auf die Einstellung der Notstandsarbeiten dringen. Infolge Einstellen der Pumpwerke sollen bereits einige Schächte „erfassen“ sein. Wahrscheinlich werden aber die Notstandsarbeiten in den meisten Distrikten doch durchgeführt mit Zustimmung der Arbeiterorganisation.

Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen ist es noch ungewiß, ob die großen Organisationen der Eisenbahner und Transportarbeiter, die mit der Bergarbeiterföderation die Tripelallianz (Dreibund) bilden, zwecks Unterstützung der Grubenleute zur Arbeitslosigkeit schreiben. Starke Neigung besteht dafür. In der britischen Arbeiterwelt lebt die Überzeugung, daß nun bei den Bergleuten der Anfang mit einem starken „Lohnabbau“ gemacht werden soll. Gelänge dies, dann wären die Folgen für die gesamte Arbeiterschaft unübersehbar schwer.

Die Regierung hat eine vermittelnde Hilfeleistung angekündigt; statt dessen verhängte sie den „kleinen Belagerungszustand“ über das Land, rationierte den inländischen Kohlenverbrauch und verbot die Kohlenausfuhr ohne besondere Erlaubnis. Sie ist „optimistisch“ in Ansehung der vorhandenen großen Kohlenvorräte und der unzureichenden Unterstützungsklassen der Bergarbeiter. Die ganze Regierungswirtschaft besteht also in der Hoffnung auf den Hunger, der, wie man glaubt, die Bergleute recht bald wieder in die Gruben treiben würde. Die kämpferische Geschichte der britischen Bergarbeiterbewegung lehrt aber, daß man die opferlustige Willenskraft der Bergarbeiter oft sehr weit unterschätzt hat. Treten die Eisenbahner und Transportarbeiter mit auf den Kampfplan, dann befindet sich Großbritannien in einer innerpolitischen Krise von unabsehbarer Tragweite. Jedenfalls ist schon die Arbeitslosigkeit von über einer Million Grubenarbeiter, zu der sich infolge Kohlenmangels bald weitere Hunderttausende arbeitsloser Industriearbeiter gesellen werden, für das Land ein schweres Verhängnis, das zu einer Katastrophe führen kann.

Die tiefste Ursache des europäischen Wirtschaftselends, das auch den großen Arbeiterkampf in Großbritannien verschuldet, ist der Versailler „Friedensvertrag“, dem sich der von St. Germain würdig angeschlossen hat! Dieser „Vertrag“ ist die Fortsetzung des wahnwichtigen Krieges mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Bestrafungsmitteln. Aus nationalistischen und kapitalistischen Gründen sind die ehemals größten staatlich organisierten Wirtschaftskräfte Mitteleuropas, Deutschland und Österreich-Ungarn, lebensgefährlich amputiert, in

lebensunfähige Teile zerrissen worden. Als ob sich die ökonomisch-technischen Entwicklungen, als ob sich die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen danach richteten, welches „völligste“ Element, welche Sprache oder nationale Gruppierung sich zufällig innerhalb eines Landstriches heimisch machte!

Deutschland hat man einen wichtigen Teil seines landwirtschaftlichen Gebiets im Osten genommen, wodurch seine Volksernährung enorm geschädigt ist. Es ist plötzlich abgeschnitten worden von seiner lothringischen Eisenerzbasis; sein südwestliches Kohlen- und Hüttenwertgebiet (Saar-Pfalz) ist noch auf Jahre hinaus unter fremdländische Verwaltung gestellt. Ueberdies beeinträchtigt die Besetzung der ganzen linken Rheinseite durch Ententetruppen die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands außerordentlich; ganz abgesehen von den Milliardenlasten für die Besatzungstruppen, gewaltige unproduktive Ausgaben allerersten Ranges. Kommt jetzt noch hinzu die weitere Lähmung unserer Volkswirtschaft durch die Ausdehnung der Besetzung auf das rechtsrheinische Deutschland und die hierherhine Anstrengung deutschfeindlicher Nationalisten, trotz großer deutscher Majorität bei der Volksabstimmung auch Oberschlesien von Deutschland abzuschneiden! Das alles hat einen Zustand der lähmenden Unsicherheit, der Unlust zur Arbeit erzeugt. Die natürliche Folge ist die Ausdehnung der Weltwirtschaftskrise.

Das große Gebiet des ehemaligen österreichisch-ungarischen Reiches ist noch viel schlimmer wie Deutschland gerüdet, noch unfähiger gemacht, seine gewichtige Mission als Erzeuger, Verarbeiter und Verbraucher weit- und volkswirtschaftlich notwendiger Rohstoffe und Fertigfabrikate zu erfüllen. Das gewaltige Russenreich ist seit Jahren fast ganz von der Weltwirtschaft abgeschnitten und geriebt sich in Bürgerkriegen. Das neue Polenreich kann nicht leben und nicht sterben, es existiert nur von ausländischen Zuschüssen. So sind über 200 Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa durch den Krieg und die sogenannten „Friedensverträge“ mehr oder weniger unfähig gemacht, der kranken Weltwirtschaft den notwendigen Auftrieb zur Genesung zu geben.

Infolgebeissen stockt und sinkt die Nachfrage nach Waren überall, obgleich zweifellos ein starker natürlicher Bedarf existiert. In den Ländern der Sieger weiß man nicht wohin mit der Warenproduktion, obgleich sie weit geringer ist wie vor dem Kriege. Man klagt dort beweglich über die deutsche Wareneinfuhr, beschuldigt sie des „Dumpings“ (Preisunterbietung), wobei wohl unsere Preise sehr viel mehr gestiegen sind seit der Vorkriegszeit, wie die Preise in irgendeinem Auslande. Der Versailler „Friedensvertrag“ und die daraus hergeleiteten wirtschaftlich-politischen Drangsalierungen haben eben den Wert der deutschen Mark (Valuta) so ungeheuerlich vermindert, daß wir deswegen eine „Preisunterbietung“ vornehmen müssen. Unser Wille ist das nicht.

Die Steinkohlenförderung in Großbritannien, Deutschland, Belgien und Frankreich war 1920 noch über 115 Millionen Tonnen geringer wie 1913. Man sollte also meinen, von einem Kohlenüberschuß könne nirgend die Rede sein. Trotzdem ist es da, weil die „Friedensverträge“ den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft hindern, die Erzeugung von Eisen und Stahl, von Textilwaren, Maschinen, Transportgeräten usw. enorm niedergedrückt ist durch die allgemeine Unsicherheit über die Gestaltung der nächsten Zukunft, durch die Furcht vor den Folgen der militärischen „Sanktionen“. Großbritannien beispielsweise hatte vor dem Kriege eine monatliche Eisenerzeugung von 7 bis 800 000 Tonnen; im Februar 1920 betrug sie nur noch 468 000 Tonnen und die Lager sind überfüllt! Die britische Kohlenförderung belief sich 1913 auf 287 Mill. To., wovon 73 ausgeführt wurden. 1920 wurden nicht einmal 230 Mill. gefördert, nicht einmal 30 Mill. To. exportiert. 1921 betrug der britische Kohlenexport Januar-Februar nur 2,70 Mill. Tonnen, gegen 12,19 Mill. To. in der gleichen Zeit 1913! Und trotz des gewaltigen Niedergangs der Förderung herrscht „Kohlenüberschuß“, sinken die Preise rapide, werden zehntausende Arbeiter brotlos und Bechen stillgelegt!

Europa ist nicht einmal mehr ausnahmefähig für die gegen 1913 stark gesunkene Kohlenförderung, weil nationalistische und kapitalistische Blindheit ihm die „Friedensverträge“ beiseite hat. In Frankreich, Belgien, Holland hat der allgemeine wirtschaftliche Krebsgang ebenfalls einen „Kohlenüberschuß“ bewirkt. Auch in diesen Ländern, zunächst in Holland, stehen die Bergleute, auf die jetzt die Folgen der „Friedensverträge“ abgewälzt werden sollen, vor schweren Kämpfen um den Lebenslohn!

Wir haben unseren ausländischen Kameraden schon bald nach dem Abschluß des Spa-Abkommens mitgeteilt, was kommen würde. Den billig gelieferten deutschen „Spa-Kohlen“ wird in Belgien und Frankreich der Vorzug gegeben vor den, wegen der besseren Valuta, teureren englischen Kohlen. Wider seinen Willen muß Deutschland nach Frankreich, Belgien und Italien beste Kohlen weit unter dem Weltmarktpreis liefern, obgleich wir der Brennstoffe selbst bedürftig sind! Die Folgen haben jetzt unsere englischen Kameraden zunächst, dann aber auch unsere Kameraden im Saargebiet, in Holland, Frankreich und Belgien zu tragen. Der enorme Rückgang des britischen Kohlenexports und sein starker Preisfall ist also zweifellos zum größten Teil verursacht durch die Folgen des verhängnisvollen Versailler „Friedensvertrages“. Es ist eine blutige Fronte der Weltgeschichte, daß die Arbeiterschaft in einem „Siegerlande“ sich gezwungen sieht, in einen

Großkampf gegen die Auswirkungen des Versailler Fiktats einzutreten!

Wir wünschen unseren Arbeitsbrüdern in Großbritannien einen vollen Erfolg in ihrem ungeliebten Kampfe. Sollte er endlich die von Nationalisten irreführenden Fälscher zur Erkenntnis von der Unhaltbarkeit militäristischer „Friedens“-diktate bringen, so möge die „Staatsmänner“ danach handeln müssen, dann möge der große Kampf der britischen Bergleute eine Kulturkatastrophe ersten Ranges sein.

Um den abstrakten Zustand der englischen Bergarbeiter zu begreifen, muß man die Lebenslage kennen. Bei Ausbruch des Krieges haben sich, veranlaßt durch eine furchtbare Preissenkung, Millionen hunger Wägen freiwillig gemeldet, um mit nach Berlin zu marschieren zu können. Während der ersten sechsmonatigen Rekrutierung mußte eine Million Kriegsfreiwilliger zurückgewiesen werden, weil sie nicht stark genug waren, Soldat zu werden. Während des Krieges hat sich die Lage aber noch verschlechtert. Die Kosten der Lebenshaltung waren bis zum Dezember 1915 um 33 Prozent gestiegen; da erst erfolgte eine Lohnerhöhung um 5 Prozent. Eine zweite Lohnerhöhung um 5 Prozent folgte im März 1916, während im Juni 1916 der Lohn um 3 1/2 Prozent zum dritten Male erhöht wurde. Die Kosten der Lebenshaltung waren bis dahin um 45 Prozent gestiegen, bis Februar 1917 sogar um 65 bis 70 Prozent. Trotzdem folgte eine weitere Lohnerhöhung um nur 4 1/2 Prozent. Die Kosten der Lebenshaltung liegen auf 80 bis 85 Prozent. Eine Lohnerhöhung folgte erst im Juni 1918 um 23 1/2 Prozent. Als die Kosten der Lebenshaltung schon um 100 Prozent gestiegen waren, erfolgte eine weitere Lohnerhöhung um 28 1/2 Prozent. Die Kosten der Lebenshaltung liegen aber weiter, so daß eine Erhöhung der Löhne um 2 Schilling pro Schicht im April 1919 und eine von derselben Höhe im Oktober 1920 nötig war; letztere wurde durch Streik erzielt. Im März d. J. hatten die Löhne noch immer nicht die Höhe der Kosten der Lebenshaltung erreicht. Drei Beispiele zeigen uns, inwieweit vom 1. April an der Lohn gekürzt werden sollte: In Cumberland verdiente ein Bauer vor dem 1. April pro Woche 4 Pfund Sterling, nach dem 1. April 2 Pf. St. 10 1/2 Penny, ein Schichtlöhner 3 Pf. St. 18 Schilling 8 P. bzw. 2 Pf. St., ein Tagelöhner 3 Pf. St. 11 Sch. 4 P. bzw. 1 Pf. St. 18 Sch. In Südwesten verdiente ein Bauer vor dem 1. April pro Woche 4 Pf. St. 9 Sch. 3 P., nach dem 1. April 2 Pf. St. 13 Sch. 6 1/2 P., Förderleute 4 Pf. St. 9 P. bzw. 2 Pf. St. 5 Sch. 9 P., sonstige Schichtlöhner 3 Pf. St. 13 Sch. 11 1/2 P. bzw. 1 Pf. St. 18 Sch. 11 1/2 P.

Jeder vernünftige Mensch muß hieraus ersehen, daß den Bergarbeitern kein anderer Weg übrig blieb. Nachdem sie am 16. März die Kündigung erhielten, mußten sie diese annehmen und der Seche fernbleiben.

## Preispolitik der Reichsregierung.

In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats am 30. März in Berlin wurde mit Zustimmung der Reichsregierung eine Erhöhung der Kohlenpreise und ein Aufschlag zur Verbilligung der Lebensmittelpreise für die Bergarbeiter gegen eine Stimme beschlossen, und zwar: für das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat und das Niederländische Kohlenyndikat pro Tonne um 18 M. und 5 M., für oberbergtische Kohlen um 30 M. und 2,50 M., für Braunkohlen aus der Grube Gustav bei Dettingen in Bayern um 5,10 M. und 0,80 M., für Braunkohlenbrückens um 17,50 M. und 2,50 M.; für alle übrigen Braunkohlen wurde nur einem Aufschlag von 0,50 M. für Kohlen und 2,50 M. für Breifetts zur Verbilligung der Lebensmittelpreise für die Bergarbeiter zugestimmt. Der Aufschlag hierfür schwankt also zwischen 0,80 M. und 5 M. je Tonne. Generaldirektor Littler vom Niederländischen Steinkohlenyndikat beantragte diesen Aufschlag nicht mit dem Hinweis auf die ohnehin viel höheren Preise für niederländische Kohlen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Herr Staatssekretär Dr. Girch, erklärte namens der Reichsregierung, daß der Aufschlag erhoben werden müsse für den Anfall der Goldmarkprämie von 5 M. je Tonne seit 1. Februar, damit den Bergarbeitern auch weiterhin verbilligte Lebensmittel zugeführt werden könnten. Die Preiserhöhung sei notwendig, weil die meisten Verbrauchsgegenstände im Bergbau die allgemeine Preissteigerung nicht nur mitgemacht, sondern auch überschritten hätten und Abschreibungen nicht mehr möglich gewesen seien.

Damit hat die Reichsregierung ihre bisherige Preispolitik auch gegenüber dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat geändert. Seit 1. April 1920 ist hier keine Preissteigerung mehr eingetreten. Lohnrückstellungen sind erfolgt ab 1. Juni 1920 durchschnittlich um 3 M., ab 1. August 1920 um 4,50 M. und ab 1. Oktober 1920 um 5,40 M. pro Schicht. Insgesamt betragen die Lohnrückstellungen also durchschnittlich 12,90 M. pro Schicht, wofür kein Ausgleich durch Kohlenpreiserhöhungen erfolgt ist. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat hatte Preisrückstellungen beantragt pro Tonne ab 1. November 1920 um 15 M., ab 1. Dezember 1920 um 17,50 M. und ab 1. Januar 1921 um 19,50 M. Nach der Statistik des Reichskohlenverbandes und der Nachprüfungen durch das Reichswirtschaftsministerium arbeiteten die rheinisch-westfälischen Lechen einschließlich Nebenproduktion seit Oktober 1920 mit einer durchschnittlichen Subube von etwa 12 M. pro Tonne. Ob und wie weit dies zutrifft, können wir nicht nachprüfen, weil uns dazu leider die Organe fehlen. Die Reichsregierung hat bis dahin die Beschüsse auf Preiserhöhung für den rheinisch-westfälischen Bergbau beantragt, um durch Stabilisierung der Kohlenpreise eine allgemeine Preissteigerung zu erreichen. In der Sitzung des Reichskohlenrats am 31. März führte Staatssekretär Dr. Girch unter anderem aus:

Die Kohlenwirtschaft hat als Ganzes in den letzten anderthalb Jahren für Deutschland großes geleistet. Die letzten beiden Monate haben mit einer monatlichen Förderung von 12 Mill. T. Steinkohle eine Steigerung von 40 v. H. gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1918 gebracht. Die Braunkohlenförderung hat mit 10 Mill. T. in den beiden letzten Monaten eine Steigerung von 40 v. H. sogar gegenüber der Friedensförderung erreicht. Im Stein- und Braunkohlenbergbau kann eine Belegschaftszunahme von über 225 000 Köpfen verzeichnet werden. Allein in den letzten 1 1/2 Jahren sind 195 000 Köpfe neu hinzugekommen. Ziel der Preispolitik der Regierung ist Produktionsförderung und Verbraucherschutz. Die Reichsregierung hat vor allem darauf gehalten, eine Steigerung der Preise der binnensländischen Kohlenstoffe, insbesondere der Steinkohle, zu erzielen. Bis zum Herbst v. J. haben die Ermittlungen der Reichsregierung ergeben, daß die Kohlenpreise im großen und ganzen recht auskömmlich für die Belegen waren. Im Juni v. J. hat dann die Reichsregierung gegenüber den Anträgen auf Kohlenpreissteigerung auf die Krise auf den Weltmärkten hingewiesen und es für richtig befunden, die Senkung der Preise auf den Weltmärkten in Deutschland sich auswirken zu lassen. Es gelang der Regierung, einen Druck auf den Textil- und Ledermarkt auszuüben, dessen Wirkung allerdings durch den Walmutur im September wieder gebremst wurde. Die durch den Walmutur bedingte Preissteigerung im Lebensmittelbereich wirkte sich in Form von Lohnsteigerungen aus und machte eine sehr erhebliche Unkostensteigerung im Bergbau notwendig. Gegen Ende v. J. wurde deutlich erkennbar, daß durch Neuanschaffungen von Geräten und Maschinen eine Rentabilität des Bergbaues nicht mehr vorhanden war. Wenn die Reichsregierung trotzdem an einer Preisstabilität festhielt, so war vor allem die Grund maßgebend, daß der Preisabbau fortgesetzt werden mußte. Jetzt ergibt sich mit Notwendigkeit eine Veränderung des Kohlenpreises aus mehreren Gründen. Einmal haben die meisten Verbrauchsgegenstände im Bergbau die allgemeine Preissteigerung nicht nur mitgemacht, sondern auch überschritten. Ferner sind Abschreibungen im Bergbau nicht mehr möglich gewesen. Wir haben nun eine Abschreibung von 10-12 v. H. angenommen, da der Bergbau immerhin die Produktionskosten des Friedens noch lange nicht erreicht hat. Da das Defizit im verflochtenen Jahre je Tonne etwa 11-12 Mk. betrug, scheint die Erhöhung reichlich bemessen zu sein. Da wir über den Goldmarkfonds nicht mehr verfügen, müssen wir vor allem sehen, daß die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter sichergestellt wird. Für die Erhöhung des Kohlenpreises war auch vor allen Dingen maßgebend, daß die technische Kommission, in der Arbeiter, Arbeitnehmer und Neutrale sitzen, feststellte, daß die technische Ausrüstung des deutschen Bergbaues nicht mehr mit dem Ausland konkurrenzfähig war. Aus der Kohlenpreissteigerung allein kann die technische Erneuerung des Bergbaues nicht erfolgen. Hier muß vielmehr der Kapitalmarkt helfen. Wir müssen eine Preispolitik einleiten, die eine Rationalisierung der Werke ermöglicht. Die weiterverarbeitende Industrie hat zwar gegen die Erhöhung des Kohlenpreises, gegen die Erhöhung der Frachten und der Entlohnungen protestiert. Unsere Exportindustrie wird sich wieder daran gewöhnen müssen, daß sie nicht mehr im Walmutur schwimmt, sondern daß sie aus eigener Kraft sich im Kampf mit den anderen Ländern an die Spitze drängt. Wir haben der Entente bisher 24 Millionen Tonnen Kohle umsonst geliefert. Diese Lieferungen hatten einen verhängnisvollen weltwirtschaftlichen Einfluss zur Folge. Denn in Deutschland hat sich die Arbeitslosigkeit in Folge des Ausfalles guter Kohle vergrößert und in England ist durch das jetzige Überangebot von Kohle infolge der deutschen Überproduktion für die Entente die Arbeitslosigkeit noch viel schlimmer geworden, als sie sonst war. Die Weltlage zwingt uns, die Kohlenwirtschaft zu rationalisieren. Das Zusammenarbeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungskörpern hat bisher gute Früchte getragen und die Reichsregierung wird alles tun, um dieses eminent wichtige Ziel zu fördern.

Die Preispolitik der Reichsregierung hat die erhofften Wirkungen nicht gehabt, das wird auch hier von Dr. Girsch zugestanden. Obwohl seit 1. April 1920 im rheinisch-westfälischen Bergbau keine Kohlenpreissteigerungen mehr eingetreten sind, haben sich nach der Carlswerker Statistik die wöchentlichen Ernährungskosten für eine vierköpfige Familie gesteigert von 189,78 Mk. im April 1920 auf 351,70 Mk. im Januar 1921 oder um 191,92 Mk. = 101,13 Prozent. Seitdem ist zwar eine Preislenkung eingetreten, die aber auch nicht annähernd der vorangegangenen Preissteigerung entspricht. Durch Stabilisierung der Kohlenpreise allein kann auch keine allgemeine Preislenkung eintreten, wenn man in der übrigen Wirtschaft der Anarchie die Zügel derart schieben läßt, wie es leider geschehen ist. In freier Wirtschaft werden die Preise bestimmt von Angebot und Nachfrage. Die Landwirtschaft wird z. B. ihre Produkte freiwillig nicht billiger verkaufen, selbst wenn sie die Kohlen umsonst bekommt. Wenn aber der Bergbau infolge mangelnder Mittel in jener technischen Ausrüstung zurückbleibt, werden die Bergarbeiter die Kosten zu tragen haben, wenn der Wettbewerb die Preise bestimmt. Bestimmung für die Haltung unserer Vertreter in der Kohlenwirtschaft ist vor allen Dingen das Interesse der Bergarbeiter. Unser Vertreter Wagner hat daher auch in der Sitzung des Reichskohlenrats am 31. März, anschließend an die Rede von Dr. Girsch, nach dem amtlichen Stenogramm ausgeführt:

„Der Staatssekretär Dr. Girsch hat in vortrefflicher Weise dargelegt, daß die Preispolitik der Regierung von dem Zeitpunkt an verfehlt war, als sich nach der Statistik des Reichskohlenverbandes und den Nachprüfungen der Regierung herausstellte, daß der Bergbau nicht mehr die Selbstkosten decken konnte. Er hat ganz treffend gesagt, daß der beste Verbraucherschutz die Produktionssteigerung sei, und es hütete darum von allem Anfang an das Hauptaugenmerk auf die Produktionssteigerung gelegt werden müsse. Herr Dr. Girsch hat ferner auf die Mehrförderung, auf die Steigerung der Belegschaft hingewiesen, aber die Frage nicht beantwortet, ob nicht noch mehr hätte herausgeholt werden können durch technische Verbesserungen, durch Umpumpierung der Arbeiter, dadurch, daß mehr Arbeiter an produktive Arbeiten verlegt würden usw. Die bergbautechnische Kommission für den Ruhrbezirk hat in ihrem Bericht dargelegt, daß der Ruhrbergbau technisch zurück sei, und auch Herr Dr. Girsch hat dargelegt, daß die technische Ausrüstung der Bergwerke hinter den konkurrierenden Ländern zurückgeblieben sei. Das hätte meines Erachtens demerkt werden müssen.“

Im Februar v. J. ist im Ruhrbezirk das Ueberflächigenabkommen getroffen worden. Bei diesem Abkommen mußte man sich von vorn herein darüber klar sein, daß es nur auf eine beschränkte Zeit gelten konnte. Durch die Ueberflächigen werden die Arbeiter in weit höherem Maße angegriffen, als sich das aus der stundenmäßigen Mehrarbeit ergibt. Man darf nicht übersehen, daß durch die Ueberflächigen die Arbeiter fortgesetzt aus der regelmäßigen Lebensweise herausgeworfen werden. Wenn in anderen Berufen Ueberarbeit getrieben wird, so ändert sich dadurch an der regelmäßigen Lebensweise nichts. Im Bergbau ist das anders. Wenn die Bergleute Ueberarbeit leisten müssen, dann kommen sie entsprechend später nach Hause, d. h. der Mittagstisch wird dadurch hinausgeschoben. Die Leute haben dann nicht mehr den Appetit, den sie zur gewöhnlichen Zeit haben.

Das Ueberflächigenabkommen besteht nun schon seit einem Jahre. In dieser Zeit hätte alles getan werden müssen, um die technische Ausrüstung der Bergwerke derart zu vervollständigen, daß das Ueberflächigenabkommen von selbst überflüssig geworden wäre. Das ist nicht geschehen, und so sind wir in die heutigen Schwierigkeiten hineingekommen, die in dieser Verhandlung noch gar nicht berührt worden sind. Das Ueberflächigenabkommen ist gekündigt worden, weil die Ueberflächigen Mehrheit der Leute erklärte: „Wir können es einfach nicht mehr, wir kommen ja gar nicht mehr zur Besinnung. Jede Woche zweimal aus der regelmäßigen Lebensweise herausgeworfen zu werden, ist doch wahrhaftig keine Kleinigkeit, das bringt auf die Dauer Herbe um.“ Das haben uns die Leute erklärt, und sie haben recht.

Nun ist ein Schiedsspruch ergangen. Dieser Schiedsspruch ist nur von einem geringen Teil der Bergarbeiter anerkannt worden. Die Mehrheit der Bergarbeiter lehnt ihn ab, ebenso ist er von den Belegschaften abgelehnt worden. Wie wollen wir nun aus den sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten herauskommen? In diese Schwierigkeiten wären wir gar nicht hineingekommen, wenn von vornherein darauf hingearbeitet worden wäre, daß das Ueberflächigenabkommen normal hätte ablaufen können. Aber dazu sind wir nicht gekommen, und nun stehen wir in den Schwierigkeiten drin, aus denen herauszukommen fast unmöglich erscheint. Man hätte von dem Zeitpunkt an, wo sich herausstellte, daß der Bergbau nicht mehr auf seine Selbstkosten kam, die Preispolitik ändern müssen. Man hätte aber gleichzeitig mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet, daß die technische Ausrüstung der Bergwerke derart wurde, daß sich daraus von selbst eine Produktionssteigerung ergab, und zwar derart, daß sich das Ueberflächigenabkommen erübrigte hätte. Wir haben mit schwerem Herzen von dem Zeitpunkt ab, wo nach den uns gegebenen Unterlagen die Selbstkosten nicht mehr gedeckt wurden den Anträgen auf Kohlenpreissteigerung zugestimmt. Wir haben es getan in der Ueberzeugung, daß dadurch allen Teilen am besten gedient wurde. Wenn schon damals die Preispolitik der Regierung eine andere gewesen und auch sonst alles Ratembige geschehen wäre, dann ständen wir nicht vor den heutigen Schwierigkeiten. Wir wären vielleicht technisch so weit, daß eine Lösung hätte gefunden werden können.

Durch den Ausfall der Ueberflächigen entsteht ein großer Lohnausfall. Ein Ausgleich für diesen Lohnausfall ist notwendig. Die Bergarbeiter können auf diesen großen Lohnausfall nicht verzichten. Wir haben diesmal der Preissteigerung zugestimmt unter der Voraussetzung, daß man nun auch den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter entgegenkommen wird. Ein Ausgleich in der einen oder anderen Weise ist notwendig. Wenn dieser Ausgleich nicht kommt, dann wird sich erst recht zeigen, wie verfehlt die Preispolitik der Regierung bisher war.“

Hier wird ausgesprochen, was ist. Ueberarbeit ist Kraftvergeudung, wenn nicht gleichzeitig die technische Ausrüstung auf die Höhe gebracht wird, sondern zurückbleibt. Das zur Erneuerung notwendige Kapital fließt dem Bergbau nur zu, wenn es sich verzinst. Forderungspredigt müssen die Preise gestellt werden. Das sind Winterwahrheiten, an denen wir nicht vorbeikommen am wenigsten mit Gefühl und Lungenkraft. Einweilen haben wir noch die Preisbestimmung. Aber wie lange noch? Viel leicht stehen wir schon unmittelbar vor dem Zeitpunkt, wo die Preise durch den Wettbewerb mit der Auslandskohle bestimmt werden. Was dann? Das ist die bange Frage, mit der wir uns wohl oder übel noch eingehender beschäftigen müssen. Sie kann zur Schicksalsfrage für die Bergarbeiter werden. Unbestreitbar ist: Wenn der Bergbau geschwächt und ungerüstet in den Wettbewerb mit der Auslandskohle einreten muß, werden die Bergarbeiter die Kosten zu tragen haben. Sie werden sich

dann nochmals opfern müssen, wie es während der Kriegszeit, noch dazu völlig nutzlos und ohne jede Anerkennung, geschehen ist. Bis zum Zusammenbruch sind die Kohlenpreise auf Kosten der Bergarbeiter verhältnismäßig niedrig gehalten worden. Auf ihre Kosten wurde die Kohle mit einer Kohlen- und Umfabrikation von 22,2 Prozent der Verkaufspreise belastet. Hat das auf die übrige Preisbildung irgendeine senkend eingewirkt? Nicht im geringsten! Die Preise stellten sich in freier Wirtschaft nach Angebot und Nachfrage. Mit dem Mangel stiegen die Preise unbegrenzt, die Löhne aber blieben immer weiter zurück. Infolgedessen trat eine körperliche und seelische Verelendung ein, deren Folgen wir jetzt auszukosten haben und woran wir noch lange krank werden. Auch heute stehen die Löhne im Verhältnis zu den Unterhaltskosten noch ungünstiger, wie in der Vorkriegszeit. Was soll da werden, wenn der bevorstehende Wettbewerb mit der Auslandskohle sich auf Kosten der Bergarbeiter vollzieht? Werden sie dabei nicht weiter körperlich und geistig zugrunde gerichtet? In der Beantwortung dieser Fragen kommen wir nicht vorbei. Sie machen unseren Vertretern in der Kohlenwirtschaft ihre Stellung so außerordentlich schwer. Die kommenden Ereignisse werfen schon ihre Schatten voraus. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Wenn die ab 1. November 1920 beantragte und beschlossene Preissteigerung von 15 Mk. je Tonne von der Reichsregierung nicht beanstandet und alles getan worden wäre, den Bergbau technisch und in anderer Beziehung auf die Höhe zu bringen, dann ständen wir weit günstiger und die jetzige Preissteigerung hätte sich erübrigt. Damals ging die allgemeine Preisbewegung noch sehr stark aufwärts und die Preissteigerung der Kohlen wäre nicht so schwer ins Gewicht gefallen wie heute, wo die Preislenkung eingeleitet hat und durch die Kohlenpreissteigerung wieder gebremst werden kann. Es kommt noch hinzu die Erhöhung der Eisenbahngütertarife, Eisenbahnfahrpreise, Postgebühren, Portokosten usw. Alles zu fast gleicher Zeit. Die Stabilisierung der Kohlenpreise hat die erwartete allgemeine Preislenkung nicht gebracht, konnte sie aus den angeführten Gründen auch nicht bringen. Bis Januar 1921 stiegen vielmehr allein die Ernährungskosten weiter um 101,13 Prozent. Der Bergbau aber ist in seiner technischen Ausrüstung und Umstellung zurückgeblieben. Die Reichsregierung hat also mit ihrer Preispolitik das genaue Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollte. Durch die fast gleichzeitige weitere Verteuerung der Kohle und des Verkehrs kann die Preislenkung sicher auch nicht gefördert werden. Aber wie aus dieser Sackgasse herauskommen?

## Gewerkschafts-Internationale und Wiederaufbau.

Unter der Leitung von Leon Jouhaux - Paris fand am 11. und 13. März in Amsterdam eine Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt, um die Lage zu besprechen, die durch die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrgebiets usw. geschaffen worden war. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund waren Graßmann - Berlin und Sue - Essen delegiert. Sie berichteten über die Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft. Als Abschluss der Besprechung wurde eine Entschließung angenommen, die wir schon in Nr. 13 der „B.Z.“ veröffentlichten. Auf den 31. März und 1. April wurde wieder eine Internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen, die den Zweck verfolgen sollte, die durch das Scheitern der Londoner diplomatischen Verhandlungen geschaffene Situation zu prüfen. Die Sitzung fand in Internationalen Gewerkschaftsbureau in Amsterdam statt unter der Leitung von Thomas - England. Von Frankreich waren Jouhaux und Baktuel anwesend; von Belgien Merens und Lombard, die noch von verschiedenen Sekretären begleitet waren. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte als seinen Vertreter Graßmann - Berlin entsandt sowie Waplow vom Banarbeiterverband und Wilmann vom Bergarbeiterverband.

Die Frage der Wiedergutmachung beschäftigte die Sitzungsteilnehmer besonders lange. Während die Franzosen erklärten, daß sie sowohl Arbeitskräfte als auch Material in Frankreich gebrauchen könnten, wurde von den Belgiern betont, daß sie Leberflus an Arbeitern sowie Material hätten. Die Wiedergutmachung in Belgien könne nur in bar geschehen. 20 Milliarden Goldfranken seien nötig, um das durch den Krieg in Belgien zerstörte wieder aufzubauen. Von Thomas wurde der Vor-

## Bücher und Schriften.

### Sozialisiert den Staatsbergbau!

Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse für die staatlichen Bergwerke im Bezirk Niederrhein haben in mehr als zwei Dutzend Sitzungen die Verhältnisse dieser Anlagen mit den Belegschaften und Betriebsräten besprochen. Der Bericht an die preussische Landesversammlung enthält wertvolles Material über die Tätigkeit der Betriebsräte und die Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerksverwaltung. Er belegt in einzelnen, wiewohl Hunderttausende von Mark, die für Bauten ausgegeben sind, auf den Grubenbetrieb gebaut wurden. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die Unmöglichkeit der Unternehmerarbeit auf den Gruben, die unumgänglich Willen in die Löhne der Unternehmer leitet, welche die Gruben selbst verdienen könnten. Der Bericht stellt einstimmig fest, unter Zustimmung auch der sozialistischen und deutschen nationaler Vertreter, daß die wirksame Mitarbeit der Betriebsräte unerlässlich ist, daß aber für diese wirksame Mitarbeit die Rechte der Betriebsräte erweitert werden müssen.

Unter dem oben genannten Titel hat Kamerad Limberg, Vorredner und Berichtsführer der Ausschüsse, den Bericht, mit einem Vorwort und Anmerkung versehen, im Verlage Hansmann & Co. als Broschüre herausgegeben. Wir empfehlen dieselbe den Kameraden zum Bezug. Insbesondere unter den Belegschaften der staatlichen Bergwerke sollen unsere Kameraden und Betriebsräte für umfassende Verbreitung sorgen. Im neuen Verlag werden diese von der sozialdemokratischen Partei veranlaßte Uebersetzungen eine bedeutende Rolle spielen und wesentlich beitragen zu weiteren Untersuchungen für die Reform der staatlichen Bergwerksverwaltung.

Beschlüssen auf die Broschüre, die 125 Mk. kostet, werden an den Verlag S. Hansmann & Co., Bochum, Wittenhauser Str. 42, erbeten.

### Wie beurteilt man eine Bilanz?

Das Gesetz über die Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vom 5. Februar 1921, welches auf Grund des § 72 des Betriebsvertrages erlassen ist, stellt die Betriebsvertretungen vor neue wichtige Aufgaben. Es ist den Betriebsvertretungen Gelegenheit gegeben, auf Grund dieses Gesetzes in die Zusammenhänge der Betriebsführung tiefer einzudringen und ihre so gewonnenen Kenntnisse im Interesse der Allgemeinheit zu veröffentlichen. Um den Betriebsvertretungen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte aus diesem Gesetz reiflos geltend zu machen, ist im Verlage der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes ein Betriebsbilanzbuch, Heft 10: „Wie beurteilt man eine Bilanz?“ von Paul Koske, Dipl. Handelslehrer erschienen. In dieser Schrift sind in erschöpfender Weise die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Bilanz behandelt. Die Vorschriften für die Beurteilung einer Bilanz wichtigen Grundzüge sind eingehend dargelegt. Die Schrift enthält außerdem den Text des Bilanzgesetzes mit ausführlichen Kommentaren, sowie sämtliche weiteren für die Auffassung der Bilanz wichtigen gesetzlichen Bestimmungen u. eine Literaturliste. Der Verlag der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bereits vor längerer Zeit eine Betriebs-

bilanz, Heft 6: „Was ist eine Bilanz?“ herausgebracht, in welcher der technische Aufbau der Bilanz geschildert ist. Durch das Studium beider Schriften ist jedes Mitglied einer Betriebsvertretung in der Lage, sich eine gründliche Kenntnis der Zusammenhänge der Bilanz anzueignen, um dem Unternehmer gegenüber sachverständig aufzutreten. Der Preis für Gewerkschaftsmitglieder beträgt für Heft 6 Mk. 0,90, für Heft 10 Mk. 1,50, für Nichtmitglieder Mk. 1,50 bzw. 3,00.

Die Anschaffung dieser Schriften kann sowohl den Betriebsvertretungen, als auch den Gewerkschaftsmitgliedern überhaupt dringend empfohlen werden. Bestellungen sind von den Ortsgruppen, Ortsausstellungen, Ortsstellen und örtlichen Betriebsrätezentralen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zu Händen des Kassierers Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelauer 14-15 IV (Postfachkonto Nr. 7230, Hermann Kube, Berlin), oder an den Allgemeinen freien Arbeiterbundesbund, Berlin NW 52, Weststr. 7 (Postfachkonto Nr. 72260, S. Kaufhäuser, Berlin) zu richten. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder wollen ihre Bestellungen den örtlichen Adressen aufgeben.

### Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Lehrbuch.

Der Volksberlag für Wirtschaft und Verkehr in Stuttgart hat ein „Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Lehrbuch“ herausgegeben, dessen Anschaffung zu empfehlen ist (Preis 3 Mk. in Taschenformat gebunden). Aus den Erfahrungen des Praktikers und dem Wissen des Fachmannes heraus werden in dem neuen handlichen Büchlein alle diejenigen Gebiete behandelt, über die man in Versammlungen usw., beim Zeitungslesen, beim Schutze eigener Interessen sich oft rasch unterrichten muß, ohne gerade eines der losliegenden, großen Fachtagewerke zur Hand zu haben. Deshalb ist es zu begrüßen, daß man in dem „Wirtschaftlichen Arbeitnehmer-Lehrbuch“ einen Berater erhält, der uns, ohne viel Platz in der Tasche zu beanspruchen, überallhin begleitet. Das Büchlein erstet eine ganze losspielige Bibliothek.

Aus dem reichen Inhalt nennen wir nur folgende Themen: Eink und Zeit in Europa - Die Verfassung des Deutschen Reiches - Der Friedensvertrag von Versailles - Zeitliches Heerwesen einst und jetzt - Die deutschen Finanzen einst und jetzt - Aus dem Inhalt der Steuer-gesetze, Einkommensteuertabellen, Steuerabzug - Vom Eisenbahnenwesen - Deutsche Volkswirtschaft im Jahre 1920 - Tariffrage für Auswanderer - Währungsstabelle - Unternehmerverbände (Kartelle) Kräfte, Arbeitgeberverbände, Arbeitnehmerorganisationen, Arbeitsgemeinschaft, Wirtshauswesen, Shop Stewards, Wirtschaftssysteme - Die deutschen Parteien - Kartellfrage für Reden und Redner, Kartellfrage für Führer, Psychologie der Massen - Aufstieg und seine Parteien, russische Parteien unter der Herrschaft der Bolschewiki, Verfassung des Sowjetstaates - Arbeitsrecht, Dienst, Lehr-, Tarifvertrag, Koalitionsrecht, Betriebsräte, Entlassungen, Entlohnungen, Schlichtungsausschüsse, Vandalenarbeit, Welt-arbeitsrecht, Reichsversicherungsordnung, Sinterbisherversicherungs-gesetzliche Fürsorge, Angelegenheitsverfahren, Erwerbslosenfürsorge, Reichs-versicherung, Rentenwesen, Sozialversicherung, Gemeindefürsorge, Arbeitslosen-Tag, Indersystem - Gebären über das Lohnsystem - Ökonomie der Arbeit - Gewerkschaft - Das gewerkschaftliche Betriebswesen - Schemen der Volkswirtschaft - Einkommen, Erb- und Vermögenssteuer - Staat und Staatsformen - Revolution - Volkswirtschaftliche und politische Begriffe - Schlagwörter des Tages usw.

### Ein Laskalle-Brevier

Ist jetzt als zweiter Band der Sammlung: „Breviere des Sozialismus“ im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ (Preis 1,50 Mk.) erschienen, wieder wie der erste Band, das „Marx-Brevier“, in Auswahl und Gruppierung von Franz Dieberich bearbeitet und von ihm eingeleitet. Was diese Breviere wollen, ist, mit wenigen Worten gesagt, dieses: in Sägen und Gedankenreihen aus den Werken und Briefen großer Sozialisten die Arbeit sichtbar machen, die sie als Bahnbrecher der Arbeiterbewegung geleistet haben, und diese Auszüge so zu geben, daß sie das Bild der jeweils redenden und wirkenden Persönlichkeit entwickeln.

In sechs Abschnitten gibt das Laskalle-Brevier seinen beachtenswerten Stoff. Im ersten Abschnitt, betitelt: „Revolutionärer Tatgeist“, athmet der junge Laskalle, der von sich sagte, er sei als ein vierzehnjähriger Revolutionär, als ein Stehjahrjähriger entschlossener Sozialist gewesen; hier ringt der werdende Geist, der sich berufen fühlt, Märtyrer des Menschheitsgutes zu sein.

Der zweite Abschnitt: „Staat, Verfassung, Volksgesetzung“, geht aus von Lassalles Ansichten über den Staat, seine Aufgabe und Bestimmung und die fundamental verschiedene Auffassung, die bei den sozialistischen Liberalen und im Arbeiterstande über den Staatsgeden herrschen; was Lassalle über Verfassungswesen und Verfassungskampf im Revolutionsjahr und in der Zeit des preussischen Konflikt, klärend in den Kampf eingreifend, äußert, zieht anschlüssend vorüber.

Die nächsten drei Kapitel, den Hauptraum des Breviers füllend, entwickeln - im wesentlichen in der Zeitfolge aufeinander - den Inhalt der Arbeit, die Lassalle 1863 und 1864 als Programmierer, Organisator und Taktiker der durch seine Energie vorwärtsgeführten deutschen Arbeiterbewegung vollbrachte. Die Phase von der Arbeiterprogramm-Rede bis zum „Offenen Antwortschreiben“ gibt dem dritten Abschnitt den Inhalt. Im vierten Abschnitt sind die Verhandlungen über den Vorschlag der Produktivassoziationen mit Staatshilfe zusammengefaßt und im fünften - „Die erste Praxis der Arbeiterpartei“ - sieht in großem Maße die leidenschaftlich-gewaltige Leistung vorüber, die Lassalle, sein letztes Lebensjahr groß steigend, zum Waffenschied deutscher Arbeiterbewegung bis heute herauf werden läßt. All diese Abschnitte sind reich an Ausbeute aus den Briefen, die Lassalle damals wendend, aufklärend, richtend an Arbeiter, Sozialisten, Gelehrte geschrieben hat. An einer Zusammenstellung dieser Briefe hat es bislang gefehlt; hier werden sie organisch verbunden in der einfachsten Bewegung sichtbar. Man hat hier den Versuch, ein wichtiges Stück Geschichte der Arbeiterbewegung in persönlichem Vulkantum zu entlocken.

Der letzte Abschnitt endlich stellt die Verhandlungen zusammen, die für Lassalles Geschäftsaussagen „Charakteristisch sind, ein Kapital, das zu interessanten Vergleichen mit dem gleichlaufenden Abschnitt des Marx-Breviers anregen mag. Mit einer Uebersicht der Schriften Lassalles (einschließlich der verstreuten Betriebsveröffentlichungen) und einem Inhaltsverzeichnis, das alle Quellen nennt, schließt dieses Brevier.

Heute ist es nur verhältnismäßig Wenigen möglich, sich eine Gesamtausgabe der Werke Lassalles zu kaufen. Der Preis macht sie schwer erhältlich. Dieser letzte Umstand blühte manchem Entzagen sein, dieses Brevier, das alle Lassalle-Literatur Grundlage hat, zu begründen. Die äußere Hülle des Buches entspricht mit der künstlerisch wertvollen Ausstattung, mit dem Bildnis Lassalles, würdig dem Inhalt.

schlag gemacht, Deutschland möge zeigen, daß es ihm mit dem Wiederaufbau ernst sei, indem es sich in Frankreich mit den Gemeinden im zerstörten Gebiet verständigt und dort anfangs, Dörfer zu errichten. Holland habe z. B. in Lens sehr hübsche Häuser herstellen lassen und was Holland hier aus Großmütigkeit getan habe, müsse doch Deutschland aneifern, endlich mit dem Wiederaufbau Ernst zu machen.

Von den deutschen Delegierten wurde erklärt, daß schon vor längerer Zeit der französischen Regierung das Angebot von Laufenden von Barackenwohnhäusern gemacht wurde, die nach Frankreich geliefert werden sollten, doch habe das Angebot keine Gegenliebe gefunden.

Auch die Finanzfrage wurde eingehend besprochen und als Resultat der Besprechung folgende Resolution angenommen:

Die am 31. März und 1. April in Amsterdam tagende Internationale Gewerkschaftskonferenz, die zum Zwecke der Prüfung der durch das Scheitern der Londoner diplomatischen Verhandlungen geschaffenen Situation einberufen wurde, bekräftigt die vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 14. März 1921 angenommene Resolution. Sie stellt den Forderungen der Regierungen fest, für das Problem der Wiedergutmachung nur eine ausschließlich finanzielle Lösung gesucht zu haben, die mit Rücksicht auf die Situation der Weltwirtschaft zu keinem Resultat führen kann.

Sie erklärt, daß angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, dem durch den Krieg entstandenen Chaos zu entrinnen, die internationale Solidarität der Arbeiter imstande sein muß, dem gefestigten Problem eine Lösung zu geben, und daß die Gewerkschaften ihre Macht ausüben sollen, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und zur Verständigung zu zwingen.

Sie erklärt, daß diese Lösung in einem freundschaftlichen Zusammenwirken der Völker gesucht werden und auf den baldigen Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Provinzen und die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft auf der Basis einer gegenseitigen internationalen Hilfe beruhen muß.

Sie nimmt die bestimmte Erklärung der Vertreter der deutschen Gewerkschaftsorganisationen zur Kenntnis, wonach diese die Verpflichtung Deutschlands auf Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Verwüstungen anerkennen.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt nach Kenntnisnahme dieser Feststellung, daß es Pflicht der Entente-Regierungen ist, Deutschland ohne Säumen in den Völkerverbund aufzunehmen und die Errichtung eines internationalen Reparationsinstituts zu beschließen, das mit dem Studium der technischen Organisation, der allgemeinen und finanziellen Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu betrauen ist.

Dieses Institut soll zusammengesetzt werden aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen. Die zu schaffenden Sektionen für Technik, Finanzen, Arbeiterangelegenheiten und Materialien würden gewissermaßen den Verwaltungsrat dieses internationalen Instituts bilden.

Um die Arbeiten des Wiederaufbaues ins Werk zu setzen und ihre Fortsetzung zu sichern, sollen von dem genannten internationalen Institut unter Garantie des Völkerverbundes internationale Anleihen ausgeben werden.

Die Abtragung dieser Schuld einschließlich der Verzinsung ist durch Deutschland in Jahresraten zu bewirken. Die Arbeiter Deutschlands sollen darüber wachen, daß die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben.

Schließlich wird es, um diese Ziele zu erreichen, angezählt sein, daß die Arbeiterschaft in den besetzten Ländern eine Kampagne führt, um ihre Regierungen zu veranlassen, die von der internationalen organisierten Arbeiterschaft bereitgestellten Lösungen zu akzeptieren.

Wenn es den vereinigten Bemühungen der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiter gelingt, für Deutschland eine internationale Anleihe zu erwirken, so wird es möglich sein, die durch den Krieg verursachten Verwüstungen wieder gutzumachen. Glauben aber die Entente-Staaten, Deutschland wie eine Birne auspressen zu können, so wird dieses zusammenbrechen und alle anderen mit sich reißen.

### Arbeiter, merkt auf!

Die internationale Lage zeigt mit jedem Tage deutlicher, daß die kapitalistischen Mächte unfähig sind, die durch den Weltkrieg in Verwirrung geratene Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Sie auf Aufhebung, Unterdrückung und Völkerverdrängung eingesetzten Methoden verlassen. Das Elend der Menschheit wächst von Tag zu Tag. Unionisten und Kommunisten arbeiten durch ihre wahnwitzigen Pläne der Reaktion in die Hände und vergroßern das Elend der Massen.

Der „Symbalist“, das Organ der Freien Arbeiter-Union, schreibt in seiner letzten Nummer in einem Artikel, der überschrieben ist: „Die Schritte nach der Reaktion“, zu dem Kommunistenputz:

„Ausprechen, was ist! Die Symbalisten haben mit den Märzputzen des Jahres 1921 absolut nichts zu tun! Diese ganze „Kritik“ ist das Werk der innerlich verfaulten K.P.D., die auf Weisung und Befehl von Moskau handelt, um sich bei den deutschen Arbeitern endlich einmal durchzusetzen. Trotz der Millionen und Übermillionen, die von der russischen Regierung der Zentrale der K.P.D. geliefert wurden, konnte dieses Gewächs niemals eine breite Grundlage in Deutschland finden. Jetzt endlich sollte mit einem Machtbruch aus Moskau die russische Methode auf Deutschland übertragen werden, die Revolution in Deutschland „gemacht“ werden. Ein Beginnen, so irrsinnig, daß es eigentlich von jedem Arbeiter, der sich als Sozialist fühlt, längst als abgetan gelten sollte.“

„Sprechen wir zunächst einige Wahrheiten aus, die von allen Arbeitern anerkannt werden müssen, wenn sie auch in diesen Parteien und Gewerkschaften zerstückelt sind: Noch niemals lebte die deutsche Arbeiterschaft unter so verhältnismäßig freien politischen Verhältnissen als in den letzten Monaten. Versammlungen und Trefflichkeiten waren geradezu unbeschränkt. Deutschland war das Land höchster Revolution aller Länder geworden. Sie konnten sich hier unbehelligt bewegen. Und wenn wir auch in Deutschland bisher kaum die Anfänge einer politischen oder gar einer wirtschaftlichen Revolution zu verzeichnen hatten, so müssen wir dennoch feststellen, daß eine so starke geistige Revolution wohl kaum in irgendeinem Lande der Welt zu verzeichnen ist.“

Die neuen Macher der Zentrale der K.P.D., die Brandler, Stöcker, Wötcher, Ernst Meyer, Wegmann und Sievers, diese Menschen ohne Verantwortlichkeitsgefühl und mit Moskoffischem Gehirn, aber begannen eine Sache in der Berliner „Noten-Fahne“, die jeder Beschreiber spottet. Sie führten eine Sprache, die die armen Leser dieser Zeitung komplett verriet machen mußte, die sie zu jeder Schandtat oder Dummheit auffachte. Die beschlossene unterirdische illegale Organisation der K.P.D. mußte ohnehin alle zweifelhaften Kreisläufe wie das Vieh die Moten an sich ziehen.“

„So urteilen selbst Symbalisten, deren Parole die „Rechte Aktion“ ist und deren Mitglieder zum großen Teil die Putzschneidung gemacht haben. Bemerkenswert ist das Eingeständnis von dieser Seite, daß Deutschland das freieste Land der Welt ist. Bisher wurde immer das Gegenteil behauptet.“

Für denkende Arbeiter sind Unionisten und Kommunisten als die größten Schädlinge der Arbeiterschaft erachtet. Die freien Gewerkschaften haben auf der in den letzten Tagen in Amsterdam stattgefundenen internationalen Gewerkschaftskonferenz erneut bewiesen, daß sie praktische Arbeit im Sinne des Profitierens leisten. Sie haben den einzig richtigen Weg des Wiederaufbaues gezeigt, eines Wiederaufbaues, der nicht gegen die Arbeiter, sondern mit denselben erfolgt und den Weg freimacht für die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen ist Gelegenheit gegeben, den Handlangern der Reaktion die richtige Antwort zu geben, indem nur die Listen der freien Gewerkschaften gewählt werden.

### Internationale Rundschau.

#### Holland vor einem Bergarbeiterstreik?

Daß unsere holländischen Kameraden in eine Abwehrbewegung gegen die ihm zugedachte starke Lohnreduktion eingetreten sind, teilten wir unseren Lesern bereits mit. Der Vorstehende unserer holländischen Bruderorganisation, Kamerad van de Bilt, hat einem Mitarbeiter

des „Volk“ (Amsterdam) Mitteilungen über die Entstehung der Bewegung gemacht. Wir entnehmen dem Bericht folgendes: In der seit dem Streik von 1917 bestehenden „Kontaktkommission“, der außer den Vertretern der Bergwerksdirektionen je ein Delegierter der fünf (!) Bergarbeiterorganisationen angehört, wurde werktätig am 15. Febr. mitgeteilt, die Kohlenpreise seien von 80-90 auf 25-30 Gulden pro Tonne gefallen. Demzufolge müsse zunächst der Durchschnittslohn der Sauer von 9,70 auf 7,50 Gulden vermindert werden, die übrigen Löhne dementsprechend. Der Feuererzuschlag von 1 Gld. täglich solle vorläufig bestehen bleiben. Alle Arbeitervertreter protestierten. Darauf fanden große Demonstrationen der Bergleute statt. Am 23. Februar kam die Kommission erneut zusammen, um einen neuen Tarif zu besprechen, da der geltende, von der christliche Gewerkschaft allein mit den Unternehmern abgeschlossen — der Verband lehnte ihn ab —, am 1. April abläuft. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und am 25. März fortgesetzt. Nun eröffneten die Bergarbeiter den Arbeitern, die Lohnverlängerung solle „erträglich“ beginnen am 1. April und am 1. Juli betragen 20 Prozent des bisherigen Tariflohnes! Ferner sollten die Feuererzuschläge für die Ehefrau und die ersten beiden Kinder fortfallen, aber für die weiteren Kinder von 7,50 auf 6 Gld. monatlich herabgesetzt werden. Dies würde für die Sauer ein Lohnverlust von 30 Proz., oder mindestens 16 Gld. die Woche bedeuten. Dieser Lohnverlust, erklärte van de Bilt, sei mit Rücksicht auf die im Industriegebiet besonders hohen Lebenskosten unerträglich. Seine Forderung, die Arbeitervertreter auch mitreden zu lassen bei der Betriebsverwaltung, da man ihnen doch die Folgen der Wirtschaft aufbürde, wurde von den Bergwerksdirektoren glatt abgelehnt. Ein Versuch, die Regierung zur Vermittlung zu bewegen, wurde von dieser abgelehnt. Als man die Bergleute nötig hatte, wurden sie besser behandelt. In großen Versammlungen beschloßen die Bergleute, sich zur Wehr zu setzen. Einen Vorschlag, am 1. April mit einem 24-stündigen Proteststreik einzusetzen, lehnte der christliche Gewerksverein ab mit der Erklärung, es müßten „ernstlichere Mittel“ angewandt werden. Ob diese „ernstlicheren Mittel“ in einem allgemeinen Streik beständen, ist noch unbestimmt. Die Organisations (Stütz!) hätten zusammen 9000 Mitglieder, denen 17000 Unorganisierte gegenüberstünden. Darauf hofften die Unternehmer, ohgleich die Unorganisierten sehr erbittert seien über die Lohnabzüge. (Die alte Geschichte! Zur Organisation kommen sie nicht, wenn aber die Krisis da ist, dann sind die Organisationsunwilligen die Radikalesten.)

So weit Kamerad van de Bilt. Inzwischen ist durch die Presse mitgeteilt, daß der Lohnabzug bis zum 1. Mai verschoben sein soll. Am 5. April hat eine Besprechung der Organisationsleiter über die Lage stattgefunden, deren Ergebnis uns noch nicht bekannt geworden ist.

### Krise im österreichischen Kohlenbergbau.

Unser österreichisches Bruderblatt „Glück Auf“ (Nr. 12) bringt an erster Stelle folgenden Aufruf:

„Die drei sozialistischen Bergarbeiterorganisationen haben sich in ihrer Sitzung am 7. März d. J. unter anderem auch mit der beim Kohlenbergbau bestehenden Krise eingehend beschäftigt. Die Sitzung kam einhellig zu dem Beschluß, den Bergarbeitern dringend anzurufen, Ueberprüfungen (Ueberhunden) auf das allernötigste Maß einzuschränken. Ueberprüfungen, Ueberhunden zum Zwecke der Kohlenförderung, die bis jetzt nicht verflüssigt sind, dürfen unter keiner Bedingung verfahren werden. Kompensationen für Sonntagsleistungen sind einzustellen, nur aus früheren Bewilligungen noch restierende Pflichten können erfüllt werden.“

Die Krise im Kohlenbergbau ist ziemlich ernst; viele kleinere Betriebe sind eingestürzt, andere stehen vor der Einstellung, und noch mehr Unternehmer drohen fortgesetzt mit ihr. Es gibt auch schon Kohlenbergbauunternehmer, die die Krise zum Anlaß nehmen, um an ihren Belegschaften Ersparungen zu erzielen, indem sie sie auffordern, unter dem Vorbehalt der vereinbarten Lohnbedingungen zu arbeiten. Solche Ansuchen müssen von den Belegschaften grundsätzlich abgelehnt werden. Die Unternehmer wollen die Krise am Kohlenmarkt auf Kosten der Bergarbeiter ausnützen; dagegen müssen sich alle Bergarbeiter zur Wehr setzen.

Die Bergarbeiterorganisationen erwarten, daß alle Belegschaften diese Weisungen beachten und daß nichts geschehen darf, um durch Ueberzeit- oder Sonntagsarbeit die bestehende Krise künstlich zu verfrachten. Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird es binnen kurzem auf dem tschecho-slowakischen Kohlen- und Stahlmärkte zu einer Abwärtsreise kommen. Wenn auch der englische Bergarbeiterstreik vorübergehend einen großen Kohlenausfall verursacht, so ist doch an der Tatsache nicht vorbeizukommen, daß der Verbrauch zurückgeht und zu einer Krise im Bergbau führen muß.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

##### Unionistische Wirtschaft.

Wir haben nicht erwartet, daß die unionistische Geschäftsleitung unserer Veröffentlichung wohlwollend zustimmen wird, und waren darauf gefaßt, daß man sich mit unkonstanten Kraftworten zu helfen versuchen wird. Selbst diese von uns erwartete Antwort hat verhältnismäßig lange auf sich warten lassen. Endlich finden wir im „Ruh-Ge“ vom 7. April ein Inserat, welches eine „Erklärung“ enthält, die jedoch nur mit „Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen“ unterzeichnet, also vollkommen wertlos ist, weil kein Mensch dafür die Verantwortung zu tragen braucht. Kurz vor Redaktionsschluss am Samstag, den 9. April, erhalten wir die „Freie Arbeiter-Union“, Nr. 13 vom 7. April (Nr. 12 wurde uns gar nicht zu geschick), welche zu unserer Veröffentlichung Stellung nimmt. Zunächst wird unser Artikel abgedruckt und dann folgt eine mit den notwendigen Schimpfwörtern durchsetzte Abrede. Es bleibt allerdings nur beim Versuch und selbst die Leser der „Freien Arbeiter-Unien“ werden finden, daß dort nicht alles in Ordnung ist. In der „Eile“ haben nämlich die guten Leute die wesentlichen Positionen übersehen und haben z. B. abgesehen vergessen, daß ihre angeblichen Mitgliederzahlen nur in der Phantastie bestehen. Auch wäre es gut gewesen, wenn man über den 10000 Mark-Fehlbetrag etwas gesagt hätte. Wenn die Kasse der Union ungeordnet in Zeitungspapier bei einem Gewährsmann aufbewahrt wird, so ist das auch kein idealer Zustand, und die Mitglieder haben ein Recht, darüber Aufklärung zu verlangen. Warum schweigt man sich darüber aus? Weiter: Wir haben gesagt, daß kein Betrag zinstragend angelegt ist. Wenn dieses sowie das Vorhergesagte wahr wäre, so müßte man tatsächlich von einer Wirtschaft sprechen. Warum schweigt man dazu? Es liegt im Interesse der Mitglieder der Union, daß darüber Klarheit geschaffen wird; mehr wollen wir nicht. Die Dringung mit dem Gericht läßt uns kalt.

Als der Artikel in unserer Zeitung erschien, wurde es auf der Unionzentrale lebendig. Schnell hätte man einen mutmaßlichen Täter und um nun etwas zu retten, verbildlichte man eine Rechnung beschließen und stellte diese ihren Vertrauensleuten zu, um ihnen zu zeigen, was für ein Mensch dieser Täter ist. Da wir, wie schon gesagt, kein anderes Interesse an der Sache haben als Aufklärung im Interesse der Mitglieder der Union, wollen wir der Geschäftsleitung die Aufklärung erkliebert und einen Auszug aus dieser Rechnung bringen:

- 1. Abrechnung des Bezirkswirtschaftsrates vom 5. 1. 21 bis 10. 3. 21: 6. 1. öffentliche Versammlung Sonntag 75 M.; 8. 1. Betriebsratkonferenz Essen 135 M.; 11. 1. Betriebsratkonferenz Essen 135 M.; 13. 1. Bezirkswirtschaftskonferenz Gelsenkirchen 125 M.; 14. 1. öffentliche Versammlung Konstantin 74 M.; 16. 1. öffentliche Versammlung Präsident 78 M.; 18. 1. Schlichtungssitzung Präsident 75 M.; 23. 1. öffentliche Versammlung Pottell 33 M.; 1. 2. Bezirkswirtschaftskonferenz Gelsenkirchen 127 M.; 3. 2. an S. Döcker und Zöding 55 M.; 4. 2. an Paul Wila 12 M.; 1. 3. Schlichtungssitzung 350 Stunden à 7 M. 2450 M.; 10. 3. Schlichtungssitzung zur Bergarbeitergerichtswahl 360 M.; 10. 3. Betriebsratkonferenz Gelsenkirchen 70 M.

Das sind Zahlen, die sich in der Tat sehen lassen können. Es scheint auch, daß nicht alle Agitatoren gleich bezahlt werden. Man fragt sich, wie solche Summen zustande kommen? Jeder Referent der Union erhält laut Beschluß, 50 Mark für jede Versammlung, ferner 3 Mark Ertragsabgeltung pro Stunde und Tagsgeld. Wie uns unser Gewährsmann mitteilt, hat auch der Agitator vorhergehender Rechnung 50 Mark nicht falsch erhaltene Zahlen aufgeführt; erst als er als Mitglied der Kontrollkom-

mission Einblick in die Dinge gewann, wollte auch er nicht zurückstehen. Auch sagt unser Gewährsmann, daß der Rechnungsführer aus der Union ausgeschieden ist, weil er mit einer solchen Wirtschaft nicht einverstanden war. Wie mögen erst die Rechnungen derjenigen aussehen, die mit dieser Wirtschaft einverstanden sind? Die „Freie Arbeiter-Union“ enthält den Vorwurf, daß die für nicht geleistete Arbeit bezahlten Löhne. Dies ist eine Unwahrheit und den Beweis wird man schuldig bleiben. Unter Angebot des Beweises erklären wir, daß die Gehälter der Verbandsfunktionäre bescheiden niedrig sein gegen die Gehälter der Unionfunktionäre. Ein Unionangestellter erhält pro Tag 75 M. (auch für Sonntage), macht monatlich (30 Tage) 2250 M. aus. Hinzu kommen noch andere Vergütungen, wie Kohlen-geld usw. Ferner erhält auch jeder Angestellte die schon angeführten Sätze für Versammlungen. Das Abhalten von Versammlungen ist deshalb für die Unionfunktionäre eine gute Einnahmequelle. Wenn die Verbandsfunktionäre dergleichen machen würden, dann würden sie von den Mitgliedern mit Recht als Verräter angesehen und zum Tode verurteilt werden. Wir fragen noch zum Schluß, ob es etwa eine revolutionäre Tat ist, wenn die Union-führer gegen die Ueberprüfungen opponieren und selbst Ueberprüfungen-entgeltung beantragen, die nicht ist, sondern die Antwort auf der Rede gemacht haben? Ist es die gleiche Tat, wenn sie sich Spektakel geben (Entscheidungssummen von 500 Mark) auszahlen lassen? Spektakel wird nur an Bergleute und Schwerarbeiter geleistet. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Mitglieder der Union die Sache einmal näher ansehen.

### Anton Kaiser gegen Wagner.

In der „Bergarb.-Ztg.“ vom 24. April 1920 veröffentlichten wir eine Zuschrift aus Buer, worin gesagt wurde, Anton Kaiser aus Buer-Söfel sei vor der Revolution in seiner Eigenschaft als Schlichter-mittler auf Seite Bergmannsglied der schärfste Angeber und Denunziator gewesen. Nach Ausbruch der Revolution habe er sich dann über-dies geäußert und sei kommunistischer geworden. Die Belegschaft habe er aus einem Streik in den erdborn geholt. Bei den wütenden Streiks im Winter 1919 sei er der gefährlichste Seker in Buer gewesen. Auf Bergmannsglied sei er allmählich gewesen, habe Drame abgesetzt, nach seinem Gehmaß „sozialist.“ usw. Später sei er in den Betriebsrat gewählt worden. Hier habe er das „Sozialist.“ forgesetzt, Rege und Belegschaft um 6000 Mark bares Geld und um Lebensmittel, deren Wert in die Tausende ging, betrogen. So habe er aus dem Zechen-magazin Kaffee im Werte von 2500 M. gestohlen. Vom Pannhof-Betrieb habe er auf einen gefälschten Rechen die dort lagenden, für die Belegschaft bestimmten Eier und Fleischwaren abgeholt. Die Berginspektion habe nach Hameln ammonial gegen Eier geliefert, die aber von Kaiser schon „sozialist.“ waren, als sie abgeholt werden sollten. Wegen Kaiser schwebte seit einem halben Jahre ein Strafver-fahren vor der Ehrener Strafammer. Wegen Diebstahl, Urkunden-fälschung und Unterschlagung auf Bergmannsglied wurde Kaiser später von der Strafammer IV in Essen zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Seit Sommer 1919 treibe sich Kaiser ohne Be-schäftigung herum und spiele sich als Richter für die kommunistische Sache aus. Er betrage sich als Kommuniker- und Unionagitor und bestelle und betrage beide wo er könne. Ein Teil seiner früheren Anhänger seien nichttrüch gegen ihn geworden und betrachteten ihn als Spitzel. Als er vor einigen Wochen wegen Unterschlagung kom-munistischer Gelder in die Enge getrieben worden sei, habe er in einer Wirtschaft die Gäste gegen die Polizei geholt. Darauf sei er selbste-nommen, aber nicht dem Strafamt übergeben, sondern nach Buer in Schuyhald gebracht worden. Dort habe er so viel Freiheit genossen, daß seine Mitgefängenen seine Inhaftierung als eine feierte ansehen. In letzter Zeit sei Kaiser wieder in Buer aufgefaßt, spaziere einmal in der Uniform eines Reichswachtmeisters, ein andermal in Zivil herum, mache sich durch große Geldausgaben verdächtig und versuche die Arbeiter zu Pulken aufzufahren. Obwohl er ein langes Strafregister habe, läßt ihn die Behörden sichtbar unbehelligt. Was seinem Ver-halten mißgefallen mag, daß Kaiser im Dienste der Reaktion stehe und als Agent-Propagator diene.

Wegen dieser Verhältnisse erhob Kaiser gegen Wagner Klage und war Termin auf den 8. Juli 1920 vor dem Schöffengericht in Buer angesetzt. Infolge unangenehmer Beweisanträge trat aber Verlegung ein. Wagner hat beim von der ganzen Angelegenheit nichts mehr gehört, bis Kaiser im Landrecht bei Saarbrücken auftauchte und be-hauptete, der Prozeß würde ungerichtlich verhandelt. Darauf hat sich Wagner sofort mit Rechtsanwalt Voder in Buer in Verbindung gesetzt und beantragt, daß man endlich neuer Termin angesetzt werden solle. Diesen Antrag hätte eigentlich der Kläger Kaiser stellen müssen und nicht warten dürfen, bis es der Belegte Wagner tat. Warum geschah das nicht? Warum mußte der Belegte beantragen, daß die gegen ihn gerichtete Klage ausgetragen werde? Neuer Termin ist dann auf den 7. April angesetzt worden. Daraus waren auf Antrag Wagners zehn Pfungen geladen. Außerdem hatte Wagner beantragt, die Strafammer der Strafammer IV Essen gegen Kaiser bezuziehen. Wagner hat den Beweis für die in der Zukunft enthaltenen Behauptungen erbracht und wurde deshalb freigesprochen. Die Reklam trägt der Kläger Kaiser. Er ist damit gerichtet.

### Praktischer Kommunismus.

Auf der Zeche Oberhausen, Schacht Hugo, amtiert das unionistische Betriebsratsmitglied Herrmann Kuhlmann. Dieser versucht, bei jeder Gelegenheit für sich etwas herauszuholen. So hat er bei einer Sitzung mit der Verwaltung, wo über den Einkauf von ver-schleißigen Reparaturwaren verhandelt wurde, dem Herrn Assessor Keller-mann erklärt: „Meine Herren, wenn die Bergarbeiter verlässliche Zeug-nissen erbrachten, so verlange ich als Geschäftsmann eine Entschädigung von 15000 Mark!“ Hieraus wurde ihm vom Assessor gesagt: „Herr Kuhlmann, Sie sind doch Bergmann, worauf Sie erwiderte: „Ja, nur nebenbei, mein Hauptberuf ist Geschäftsmann.“ (Kuhlmann unterläßt ein kleines Sorgenjahr und seine Frau ein Fuß-geld.) Wäre die Verwaltung damit einverstanden gewesen, so wäre der Belegte die Reparatur um 15000 Mark verteuert worden zu-gunsten eines unionistischen Betriebsratsmitglieds.

Ein Kamerad hatte sich in der Grube eine kleine Verletzung am Kopf zugezogen. Nach Beendigung der Schicht begab sich der Verletzte in die Markenkontrolle und ließ sich im Beisein des Leiters Lehmann verbinden. Der Markenkontrollleur trug aber den Unfall nicht ein. Die Wunde hatte sich nachträglich entzündet und der Pampel mußte sich einen Verletzungsschein holen. Der ihm aber vom Markenkontrollleur Haus-mann denweigert wurde, weil eben der Unfall nicht eingetragen und der Verletzte von einem anderen Markenkontrollleur verbunden war. Als der Verletzte den Verletzungsschein verlangte, waren Betriebsführer Seeger, Markenscheinleiter Kuhlmann, Steiger Lehmann, Markenkontrollleur Hausmann und das Betriebsratsmitglied Kuhlmann an-gegen. Hier sagte letzterer in Gegenwart der Herren zu dem Ver-letzten: „Ja, man weiß das wohl, wie das gemacht wird; hat man sich einmal zu Hause mit dem Hammer auf die Finger geschlagen, so steht man die Hand in die Tasche, geht zur Schicht und nach einer halben Stunde sucht man sich den Steiger und sagt ihm: Ich muß heraus-fahren, ich habe eine Verletzung erhalten.“ Hier wurde aber vom Steiger Lehmann bestätigt, daß der Pampel die Verletzung in der Grube sich zugezogen hatte.

Zu einem solchen Betriebsratsmitglied kann doch die Belegschaft kein Vertrauen haben. Wäre der Steiger Lehmann bei der Verbindung des Verletzten nicht zugegen gewesen, so wäre dieser um sein Kranken-geld gekommen.

Ein anderer Fall. Im Herbst v. J. besetzte sich die Verwaltung mit dem Gedanken, das Abfahren der Kohlen für Bergarbeiter einem Privatunternehmer zu übergeben. Dieses war einigen Fabrikunternehmern zu Ohren gekommen; sie betrauten sich bei der Hauptverwaltung der Gutehoffnungshütte um das Abfahren der Kohlen. Unter den Bewerber befand sich auch der Hausbesitzer des Herrn Kuhlmann. Letzterer hatte sich schon seit einiger Zeit bemüht, um das Haus fähig zu erwerben, was ihm aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Jetzt dachte Kuhlmann, eine Handhabe gefunden zu haben, um einen Erud auf das Hausbesitzer ausüben zu können und erklärte ihm: „Wenn Du mir das Haus verkaufst, soge ich dafür, daß Du das Kohlenabfahren erhältst, ich habe die ganze Belegschaft hinter mir.“ Hier hatte aber Kuhlmann die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn dieser erklärte ihm kurz: „Wenn Du mit solchen Mitteln arbeitest, bekomme ich das Haus erst recht nicht.“ Wäre Herr Kuhlmann dieser Trick gelungen, so hätte er die ganze Belegschaft für sein Interesse betrogen.

In einer Versammlung wurde auch unter anderem über die Ver-teilung der Reparaturkosten beraten. Ein Genossenschaftler machte den Vorschlag, den Verkauf der Genossenschaft zu übertragen, weil dieses schon von mehreren Seiten gemacht worden ist und auch hier eine Verkaufsstelle des Konsumvereins „Eintracht“ in der Nähe ist. Hierauf erklärte Betriebsratsmitglied Kuhlmann folgendes: „Mit dem Konsum-verein „Eintracht“ habe ich folgende Erfahrungen gemacht: „Es spielen davon einige Verordnungen gegen den Konsumverein, die Kuhlmann

